

PRESSEMITTEILUNG

An der Realität vorbei

Zum Jahresgutachten des "Aktionsrates Bildung" der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft nimmt der Bund Freiheit der Wissenschaft folgendermaßen Stellung:

"Die Vorschläge des Aktionsrates Bildung für die Entwicklung der Schule sind ideologisch begründet und liegen neben den wirklichen Problemen der Schule in Deutschland.

Grundschulzeit

In Berlin und Brandenburg wird in der sechsjährigen Grundschule "länger gemeinsam gelernt". Die Erziehungswissenschaftler des Aktionsrates scheuen sich, diese für viele Schüler erfolglose sechsjährige gemeinsame Schule einer realistischen Analyse zu unterziehen. So werden die Schüler z.B. nicht an der Hauptschule in Berlin oder in der sog. Oberschule in Brandenburg zum Problem, sondern kommen aus der längeren gemeinsamen Grundschulzeit als Problemschüler an die Hauptschulen und an die Gesamtschulen in Berlin und an die Oberschulen in Brandenburg.

Realschule

Nur noch zwei Schularten anzubieten, die Sekundarschule und das Gymnasium, führt zurück in das 19. Jahrhundert, mit der Volksschule für das gemeine Volk und dem Gymnasium für die höheren Schichten. Gerade die Realschulen in Deutschland führen viele Jugendliche zu einem mittleren Bildungsniveau, das für ihre berufliche Zukunft und für die Wirtschaft, die hauptsächlich einen solchen Bildungsstandard braucht, wesentlich ist. Das war auch der Grund für ihre Einrichtung. Die Auflösung der Realschule in eine Sekundarschule aus Haupt-, Real- und Gesamtschülern wird diesen Anforderungen nicht gerecht.

Es ist unverständlich, daß die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft dies nicht erkennt.

Wichtig wäre neben dem Erhalt der Realschule eine kritische Auseinandersetzung mit den schlechten Bildungsergebnissen der sechsjährigen Grundschule und eine sachgerechte Unterstützung der Schüler an den Hauptschulen und Gesamtschulen, die den Leistungsanforderungen eines mittleren Bildungsabschlusses nicht genügen.

Hauptschule

Der richtige Weg ist es, die Hauptschulen zu stärken, wie es die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit der Auslobung des Deutschen Hauptschulpreises und der Landeshauptschulpreise in Zusammenarbeit mit der Hertie-Stiftung und der Robert-Bosch-Stiftung alle zwei Jahre tut. Damit werden wichtige pädagogische, gesellschaftliche und schulpolitische Impulse gegeben. Damit geht man von der Realität an den Schulen aus und wirkt positiv auf diese zurück.

Beamte

Es ist arrogant und auch gesellschafts- und verfassungspolitisch nicht haltbar, für eine Berufsgruppe in Deutschland nur noch befristete Beschäftigungsverhältnisse zu fordern. Hier wird unterstellt, daß eine ganze Berufsgruppe aus über 700 000 Menschen schlechte Arbeit leistet. Dies hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Wenn auf Lebenszeit verbeamtete Erziehungswissenschaftler und hochdotierte Manager der Wirtschaft so etwas fordern, ist das nicht glaubwürdig. Da man das Beamten- und Arbeitsrecht nicht nur für eine Berufsgruppe aufheben kann, muß wohl das Ziel eine andere Republik sein, die nicht mehr das Deutschland der sozialen Marktwirtschaft wäre. Wenn man das will, dann soll man dies auch sagen. Unsichere Arbeitsverhältnisse auf Dauer steigern nicht die Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft von Berufstätigen.

Lehrkräfte nehmen nach unserem Grundgesetz hoheitliche Aufgaben wahr, sie verteilen mit Zensuren, Zeugnissen und Prüfungen Lebenschancen, und unterliegen daher als Beamte auch einer besonderen Dienst- und Treuepflicht. Dies muß erhalten bleiben.

Vorteile bei Mehr- und Sanktionen bei Minderleistung schließen das nicht aus."

Dr. Winfried Holzapfel

Vorsitzender

Kontakt auch:

*Gerhard Schmid, Oberschulrat in Berlin und Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft,
Handy 0170 / 815 78 65*